

Qual oder Notwendigkeit? Behinderter mit Fesseln

Geistig behinderter Schwager wurde bei Tobsuchtsanfällen immer wieder angekettet

Keiner der Beteiligten am Montagabend fühlte sich bei der durchzuführenden Aktion recht wohl. Der Jenbacher Sprengelarzt hatte vom Gendarmerieposten Jenbach Beamte angefordert, um die Überstellung eines geistig Behinderten vom elterlichen Bauernhof in Wiesing in die Landesnervenheilanstalt nach Hall ohne Zwischenfälle zu arrangieren. Der 62jährige war an einer Hand teilweise in Ketten gehalten worden, erst in der vergangenen Woche war das aktenkundig geworden.

„Die Überstellung verlief ohne Schwierigkeiten“, betont der Jenbacher Postenkommandant Andreas Brunner. Inzwischen ist der Patient als „Pflebling“ unter den Fittichen des Haller Primars Wolf Seidl. Gegen die Schwägerin des Mannes, Katharina L., wurde Anklage „wegen schlechter Pflege und Mißhandlung“ erhoben, wie sie selbst dem KURIER gegenüber erklärte.

„Er hat die Wäsche und die Matratzen kaputt gemacht“, versucht Katharina L. ihre Handlungsweise zu erklären. „In Anwaltungen“ freilich habe er es getan, ansonsten sei er friedlich und sicher nicht aggressiv gewe-

Schwiegereltern und ihre eigene Mutter zu versorgen. Über die Handhabung beim Schwager sei sie sich selbst im unklaren gewesen. Für die drei älteren Personen sei außerdem eine Diplom-Krankenschwester zur Verfügung gestanden.

Brunner ist seit 30 Jahren am Posten Jenbach, „und ich wußte bislang nichts von diesem Problemfall.“

Bekannt wurde der Fall durch einen Besuch eines Beamten von der Landeslandwirtschaftskammer. Dieser habe die Ketten gehört und die Kriminalpolizei

eingeschaltet. Am vergangenen Donnerstag schließlich ging diese dem Verdacht nach. Im Bericht heißt es, daß eine geistig behinderte Person angekettet werde.

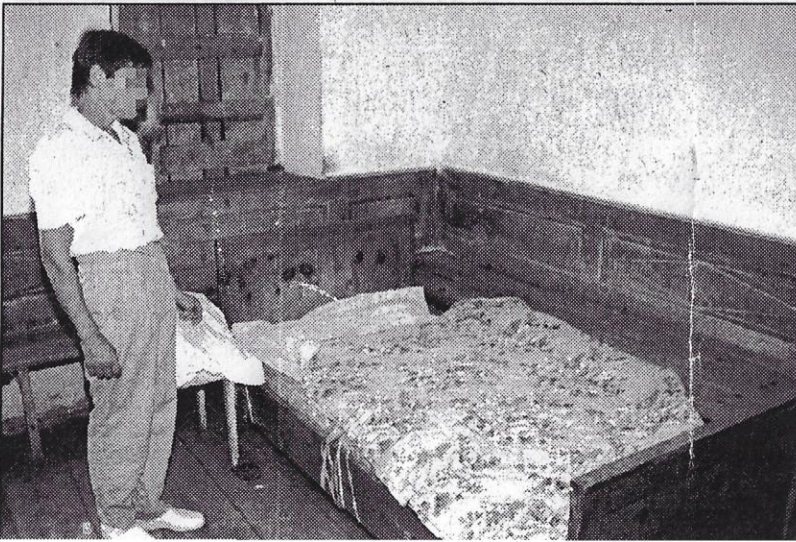
Der Bericht wurde an die Staatsanwaltschaft und von dort an das Schwazer Pflegeschaftsgericht weitergeleitet. Mit dem Ergebnis, daß am Montagabend der Sprengelarzt bei den Wiesinger Bauern in Gendarmerie-Begleitung auftauchte.

Arzt Kurt Schartner war dem KURIER gegenüber zu keiner Stellungnahme bereit – das Bezirksgericht sei da-

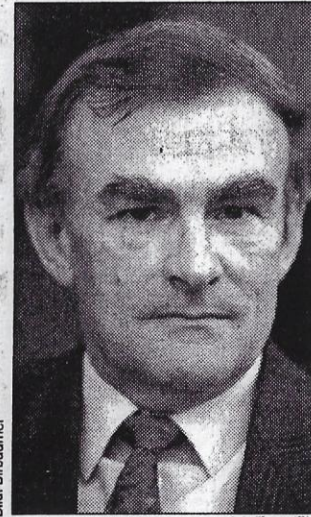
mit befaßt. Schartner ist aber die Familie L. nicht unbekannt, zumal er die Familie im Zuge der Betreuung durch den Sozialsprengel kennt.

In Wiesing selbst herrschen ähnlich gemischte Gefühle. Der geistig behinderte Mann werde aus seiner gewohnten Umgebung herausgerissen, neißt es etwa aus der Gemeindestube. Außerdem seien die L.'s stets rechtschaffende Bauern gewesen, die sich um ihre Pflegefälle – und deren gebe es immerhin mehrere – gekümmert hätten.

Alex Paschinger



Katharina L. versteht die große Aufregung nicht. Ihr Schwager, attestierten die Ärzte, sei in gepflegtem Zustand gewesen, außerdem habe sie ihn nur zum Selbstschutz angekettet



GR Hermann Linzmaier



Stadtrat Gerhard Fritz

Fixe Pläne, Finanzen und eine sommerliche Stadt-Diskussion

Der von der Innsbrucker Volkspartei abgelehnte Bundes-Vorschlag, zur Sanierung des Eisstadions in Innsbruck 85 Millionen S beizutragen (der Bund soll als Eigentümer zur Gänze zahlen, so die VP), stößt auf heftige Reaktionen: SP-Gemeinderat Hermann Linzmaier sieht die VP-Forderungen als völlig überzogen: „So etwas wird wohl nicht durchzusetzen sein.“

Innsbrucks Sport-Referent, Vizebürgermeister Norbert Wimmer (SP), ortet bei der VP „entweder Unkenntnis oder böse Absicht“. Er wird dem Stadtsenat und dem Gemeinderat ein 10-Punkte-Programm vorlegen, das insgesamt ein Kooperationsmodell mit dem Bund sei. Denn das Gesamt-Paket „Ti-

die vernünftigste Lösung. Die rechtliche Klärung, inwieweit der Bund für die Gesamtsanierungskosten des Eisstadions zuständig sei, wird erfolgen: Derzeit stehen die Chancen, den Bund zur Kasse zu bitten, schlecht.

Sollte der Zehnpunkte-Vorschlag, der den Start des Tivoli-Projektes 1997 vorsieht, an parteipolitischen Querelen scheitern, so würde das für Wimmer auch das Ende seiner „Mitwirkung an diversen Olympia-Bestrebungen“ bedeuten.“

Stadtrat Gerhard Fritz von den Innsbrucker Grünen fordert eine Sportstättenplanung „ohne olympische Großmannssucht“ und eine Mitfinanzierung des Bundes, was eine faire Kostenaufteilung für die Stadt-Sportstät-